

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/218
14. November 1974

Nicht an der freiheitlichen Grundordnung rütteln!

Zum Berliner Richter-Mord und seinen politischen Folgen

Von Dr. Claus Arndt MdB
Mitglied des Rechtspolitischen Ausschusses beim
Partei Vorstand der SPD und des Rechtsausschusses
des Bundestages

Seite 1 / 27 Zeilen

Versachlichung eines emotionsbeladenen Themas

Fazit des Hearings über Multinationale Konzerne
in Entwicklungsländern

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Seite 2 bis 4 / 123 Zeilen

Neuer Start für eine alte Demokratie

Erstmals seit einem Jahrzehnt wieder freie Wahlen
in Griechenland

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 5 / 34 Zeilen

Strauß im Hinterhalt

Die Zermürbungstaktik des CSU-Vorsitzenden

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Nicht an der freiheitlichen Grundordnung rütteln!

Zum Berliner Richter-Mord und seinen politischen Folgen

Von Dr. Claus Arndt MdS

Mitglied des Rechtspolitischen Ausschusses beim
Partei Vorstand der SPD und des Rechtsausschusses des Bundestages

Mit Ekel und Abscheu haben alle anständigen Menschen in Deutschland von dem heimtückischen Mord an dem Präsidenten des Berliner Kammergerichts, Günter von Drenkmann, Kenntnis genommen. Wir neigen uns vor diesem bedeutenden Juristen und Sozialdemokraten, der unermüdlich für Freiheit und Rechtsstaat in diesem Lande wirkte. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Zum Vermächtnis Günter von Drenkmanns gehört auch unsere Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wir uns jetzt weder von möglicherweise verständlichen Emotionen zu unüberlegten Reaktionen hinreißen lassen, noch gar das beeinträchtigen oder gefährden, wofür Günter von Drenkmann ein langes Berufsleben gelebt hat. Ja mehr: Es muß jedem Deutschen klar sein, daß etwa mit der Forderung, nunmehr die fälschlich mit dem Stichwort "Liberalisierung" umschriebenen und in ihren Grundprinzipien von allen im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam erarbeiteten und getragenen Grundsätze der großen Strafrechtsreform aufzugeben, ein Weg beschritten würde, der unserem Volk nur Unglück bringen kann.

Wer jetzt diese Ziele verleugnet oder sogar davon spricht, unser Staat beharre in einer "Demutshaltung" gegenüber dem Verbrechen und solle nunmehr das Steuer um 180 Grad herumwerfen, um endlich wieder Abschreckung und Vergeltung in den Vordergrund zu rücken, dem kann man allenfalls jugendliche Unreife oder unverantwortliche Naivität bescheinigen.

Jeder, der diesen Pfad betritt, muß wissen, daß die objektiven Folgen solchen Tuns nicht nur Gefährdung des Rechtsstaates und damit der Freiheit von uns allen heraufbeschwären würde, sondern daß er zugleich neue kriminelle Energie weckte und damit letztlich gerade jenen in die Hände arbeitete, deren erklärtes Ziel es ist, unsere mit einem rechtsstaatlichen Straf- und Strafverfahrensrecht untrennbar verbundene freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören.

(-/14.11.1974/bgy/pr)

+ + +

Versachlichung eines emotionsbeladenen Themas

Fazit des Hearings über Multinationale Konzerne in Entwicklungsländern

Von Dr. Lue Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Multinationalen Konzerne (MNK) sind nicht nur eine andere Facette der Großunternehmen, die etwa lediglich in der Bundesrepublik oder in Brasilien agieren. Diese von der Opposition während des Hearings vertretene These wurde widerlegt: Durch ihre Setätigungsbreite können die MNK Risikominderung betreiben, Steuervergünstigungen ausnutzen und sich Zugang zu verschiedenen Kapitalmärkten verschaffen, wodurch sie sich gegenüber den ausschließlich national operierenden Firmen ein "Gestaltungsprivileg" (Prof. Ehrenfried Pausenberger / Universität Gießen) verschaffen. Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit war daran interessiert, auf drei Fragenkomplexe Antworten zu erhalten: Tätigkeit der MNK in der Dritten Welt und ihr entwicklungspolitischer Einfluß; Transparenz und Überwachung; die MNK im Welthandels- und Weltwährungssystem.

MNK investieren in der Dritten Welt, um neue, expandierende Absatzmärkte zu erschließen, um Marktchancen wahrzunehmen und zu sichern und um zumindest langfristig Gewinn zu realisieren. Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen in Entwicklungsländern sind je nach Industriezweig noch andere Gründe: die Rohstoffsicherung, das viel größere Angebot an Arbeitskräften, die man im Gegensatz zu den Industrieländern besser auslesen kann, die sich für eine Beschäftigung dankbar zeigen und außerdem willig lernen, sowie die oftmals nicht so harten Umweltschutzaufgaben (so Ernst Keller von der Adela Investment Company entgegen der Darstellung mancher Konzerne). Bei einigen Firmen handelt es sich überwiegend um "Kielwasserinvestitionen", d.h. sie folgen als Zulieferbetrieb einem deutschen MNK ins Entwicklungsland, wie z.B. Bosch dem Volkswagenwerk nach Brasilien. Im allgemeinen kann aber festgestellt werden, daß die Zielsetzung der MNK sich immer mehr von der Erschließung neuer Exportmärkte für das Stammhaus verlagert zum Konzept der strategisch bestgewählten Standorte von Produktionsstätten, von denen der Weltmarkt optimal beliefert werden kann.

Weit mehr als 50 vH der deutschen Gesamtinvestitionen in Entwicklungsländern (1952 bis 73 = 9,65 Milliarden DM) gingen nach Brasilien, Spanien und Persien. Dies unterstreicht die Vorliebe deutscher MNK für

Länder mit totalitären Regimen, mit liberaler Wirtschaftsverfassung ohne starke Gewerkschaften und mit ausreichend großen und damit gewinnver-sprechenden Märkten. Die ärmsten Entwicklungsländer werden völlig vernach-lässigt. Wenn auch alle Firmenvertreter versicherten, daß sie einen wert-vollen Beitrag zur wirtschaftlichen und auch sozialen Entwicklung der Ges-tländer leisteten und dies auch anhand von Einzelbeispielen zu verdeut-lichen suchten, so wurde doch deutlich, daß vielfach ein Zielkonflikt zwis-chen den unternehmerischen Absichten und den Entwicklungswünschen der be-troffenen Länder besteht.

Die Aktivitäten der MNK fördern meist eine kleine, wohlhabende Schicht und tragen dadurch zur internen gesellschaftlichen Polarisierung in den Entwicklungsländern bei. Mangels profitabler Investitionschancen und man-gels Masseneinkommen stagniert die Produktion von einfachen, haltbaren Gütern für den täglichen Bedarf der Mehrheit der Menschen. Die MNK fördern zwar die wirtschaftliche Entwicklung, sie haben aber nur minimal - wenn überhaupt - zur Lösung elementarer Lebensprobleme der Bevölkerungsmehrheit in der Dritten Welt beigetragen. Das Fazit zur ersten Frage fällt also eher negativ aus: Die marktwirtschaftliche Dynamik hat in den Entwicklungsländern Wohlstandinseln gefördert und Massenverelendung nicht verhindern können. Die MNK scheinen von einem zu engen und einseitigen Entwicklungsbegriff auszugehen, der Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum gleichsetzt, wo-bei das wirtschaftliche Wachstum ungleichgewichtig und in verstärkter exter-ner Abhängigkeit erfolgt.

Bei der Behandlung des zweiten Komplexes ergab sich eine nicht aus-reichende handels- und steuerrechtliche Transparenz. Wenn auch einige Fir-men, wie Siemens, bereits Weltkonzernabschlüsse vorlegen, so bleibt doch die Informationslücke weitgehend offen; die Konzernvertreter lehnten exakte Angaben über Lohnvergleiche, Gewinne, Verrechnungspreise ab und stöhnten stattdessen über die enorme Steuerbelastung, beklagten die relativ niedrigen Gewinne und verwiesen auf die bestehenden, zahlreichen Kontrollmöglichkei-ten in der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern. Allerdings sind die meisten Entwicklungsländer trotz vorhandener Gesetze zur effektiven Kon-trolle aufgrund der Schwäche ihrer Verwaltungen nicht in der Lage. Die Vertreter von DGB, IBFG und UNCTAD sowie die beiden Wissenschaftler forder-ten die MNK auf, ihre Geschäftspolitik durchsichtiger zu machen, was eben-falls von Ernst Wolf Mommsen / Krupp unterstützt wurde.

Allein die Tatsache, daß wirtschaftliche Macht vorhanden ist (Ver-fügung über Kapital, Know how, Menschen - erinnert sei z.B. auch an die

Monopolstellung von VW in Brasilien oder an die Thyssen AG, deren Lieferungen in Liberia ein Fünftel des Gesamtexports des Landes ausmachen), verlangt nach sorgfältiger Beobachtung und Überwachung. MNK stellen Macht dar, deshalb sind Kontrollen notwendig, wozu Transparenz unabdingbare Voraussetzung ist. Nicht kontrollierte Macht lädt zum Machtmißbrauch ein.

Was die Möglichkeit angeht, einen Interessenausgleich zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern im derzeit bestehenden Welthandels- und -währungssystem zu finden, so muß diese kurzfristig als sehr begrenzt bezeichnet werden. Handels- wie Währungspolitik werden heute vor allem durch die Interessen der Industrieländer geprägt. Hier müßte die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer gestärkt werden; die diskriminierenden Handelshemmnisse und die Zölle der Industrieländer, die bei wachsendem Verarbeitungsgrad ansteigen, sollten abgebaut und die Entwicklungsländer in die Reform des Weltwährungssystems einbezogen werden. Die MNK könnten dem Interessenausgleich dienen, wenn sie z.B. zusätzliche Beschäftigung schaffen, ohne bestehende Arbeitsplätze zu vernichten; keine Kapitalflucht betreiben und die internen Verrechnungspreise nicht manipulieren; mehr Rohstoffe in den Entwicklungsländern verarbeiten; eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung fördern; adäquate Technologien anwenden und bei der Produktion Rücksicht auf die Massenbedürfnisse nehmen; und benachteiligten Bevölkerungsgruppen regelmäßige Einkommen verschaffen.

Die öffentliche Anhörung hat zur Entemotionalisierung der Diskussion über die sogenannten "Multis" und zur Aufklärung beigetragen sowie wertvolle Erkenntnisse geliefert. MNK fördern den Integrationsprozeß der Weltwirtschaft, sie stellen ein dynamisches Element in den internationalen Beziehungen dar und können den Entwicklungsprozeß der Dritten Welt vorantreiben. Allerdings trifft jedoch allgemein gesehen weder die These zu, daß ihre Tätigkeit zu einem ausgewogenen, selbstbestimmten Wirtschafts- und Sozialwachstum in den Entwicklungsländern führe, noch die Auffassung, daß es eigentlich die MNK seien, die in stärkerem Maße als die öffentliche Entwicklungshilfe bereits jetzt für den Interessenausgleich zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern sorgen.

Die Anhörung hat gezeigt, daß MNK von Natur aus weder "gut" noch "böse" sind, daß sie vielmehr dazu gebracht werden müssen, einen optimalen Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung zu leisten. Deshalb gilt es, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen und Gegenmacht aufzubauen. Ihre Vorliebe für bestimmte Entwicklungsländer und Regionen, für bestimmte Branchen (die Landwirtschaft findet z.B. kein Interesse) und Produkte, ihre häufig oligo- bzw. monopolistische Marktposition sowie ihre wirtschaftliche und damit auch politische Stärke, die sie zu einem Machtfaktor in der Dritten Welt machen, fordern die Entwicklungspolitiker bei uns und in den Entwicklungsländern heraus.

(-/14.11.1974/ks/pr)

+ + +

Neuer Start für eine alte Demokratie

Erstmals seit einem Jahrzehnt wieder freie Wahlen in Griechenland

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Griechenland steht am Sonntag vor seinen ersten freien Wahlen seit einem Jahrzehnt. Nicht nur die Griechen und zahlreiche griechische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik werden diesen Tag mit Spannung erleben. Auch die Hoffnungen und die Wünsche der Völker Europas begleiten den Weg der uralten und doch so jungen Demokratie. Es ist zu hoffen, daß der Wahlkampf, der sich sehr stark mit der Bewältigung der jüngsten Vergangenheit beschäftigt hat, die Chance für eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit der aufbauwilligen und demokratischen Kräfte in Griechenland nicht verschüttet hat.

Die Bundesrepublik Deutschland und besonders auch die Sozialdemokratische Partei haben in den vergangenen sieben Jahren aus demokratischer Überzeugung mit dazu beigetragen, das Regime der Junta als undemokratisch zu isolieren. Der Bundestag wird in seiner ersten Sitzungswoche nach den griechischen Wahlen auf Antrag der Fraktionen der SPD und FDP beschließen:

- 1/ die Rückkehr Griechenlands in den Europarat zu unterstützen,
- 2/ die Herstellung der Bedingungen in Griechenland zu fördern, die für eine zukünftig angestrebte Vollmitgliedschaft Griechenlands in der Europäischen Gemeinschaft (EG) notwendig sind, und
- 3/ alle von der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Griechenland eingegangenen Verpflichtungen wieder aufleben zu lassen.

In Kenntnis der Bemühungen zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und Wiedereinrichtung des parlamentarischen Regierungssystems in Griechenland greift der Bundestag damit gleichzeitig eine Entschliessung vom 14. Februar 1968 wieder auf und stellt fest, daß die darin an die Bundesregierung gerichteten Ersuchen aufgrund der in Griechenland eingetretenen Entwicklungen hinfällig geworden sind.

Griechenland ist zurzeit in einer Situation, in der es auch moralische Unterstützung, mehr aber noch wirtschaftliche Hilfe braucht. Hier ist die solidarische Hilfe der freien Völker, besonders auch der europäischen, vonnöten, damit das Land die Inflation, die damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme und auch den Zypern-Konflikt zu lösen imstande ist. Solche Initiativen bedeuten gleichzeitig einen Beitrag zur zukünftigen politischen Stabilität der Demokratie in Griechenland. (-/ 14.11.1974/bgy/pr)

+ + +

Strauß im Hinterhalt

Die Zermürbungstaktik des CSU-Vorsitzenden

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß spielt mit der Schwesterpartei CDU Katz und Maus oder auch Schlange und Kaninchen. Er führt die möglichen Kanzlerkandidaten aus den Reihen der Union nicht nur am Narrenseil, er gibt sie auch der Lächerlichkeit preis.

Jüngstes Beispiel: Am 28. Oktober - am Tag nach den Wählerfolgen der CSU in Bayern und der CDU in Hessen - verkündete der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl mit Triumph in der Stimme vor Journalisten in Bonn, das - von der CSU ausgehende und immer wieder genährte - Projekt einer "vierten Partei" sei nunmehr endgültig tot. Ganz davon abgesehen, daß der obskure "Bund Freies Deutschland" von Berlin her diese Kohl-Parole postwendend widerlegt hat, lieferten die letzten Tage den schlüssigen Beweis für das Gegenteil. Am 9. November fand in Mülheim/Ruhr die Gründung der "Deutschen Sozialen Union" statt, die sich öffentlich und offiziell mit den politischen Grundlagen und Vorstellungen der bayrischen CSU identifiziert. Sie will als Partei zunächst bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen in Erscheinung treten. Dieser in der politischen Landschaft in Nordrhein-Westfalen allenfalls für die dortige CDU relevante Vorgang verdient deshalb doch allgemeine Beachtung, weil der stellvertretende Vorsitzende des neu konstituierten rechten Klubs mitgeteilt hat, die Gründung seiner Partei sei mit dem CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß vorbesprochen und bis zur Namensgebung in Kontakt mit ihm vorbereitet worden.

Zu dieser Erklärung aus der CSU-Spitze gibt es bisher nur zwei lendenlahme und vom Kern der Sache ablenkende Stellungnahmen von CSU-Sprechern aus dem zweiten Glied. Der vom CDU-Präsidium geäußerte Wunsch, Strauß möge sich von der Parteigründung in Mülheim/Ruhr öffentliche distanzieren, hat noch immer nicht die geringste Resonanz beim Adressaten gefunden. Es

klingt vielmehr nach Hohn und Herausforderung, wenn die "Süddeutsche Zeitung" am 12. November berichtet, daß Strauß vor dem CSU-Vorstand in München auf die Gründung der "Deutschen Sozialen Union" nur mit einem Halbsatz eingegangen sei und daß auch keine Diskussion über diesen Vorgang stattgefunden habe.

Strauß bleibt bewußt auf Teuchstation und steuert seine neue Gefolgschaft außerhalb Bayerns aus dem Hintergrund. Damit betreibt er im Lager der Opposition gegenüber der CDU eine erbarmungslose Zermürbungstaktik. Er pokert eiskalt um die volle Alleinherrschaft in den Unionsparteien. Ihn interessieren dabei nicht die regionalen Wahlergebnisse in Berlin und Nordrhein-Westfalen, wo sich seine Abieger - keineswegs zur Freude der CDU-Landesverbände - ins Rennen begeben, ihm geht es allein um die Erfüllung seines persönlichen Mechtungers, wofür er 1976 eine allerletzte Chance sieht. Er hat es schon geschafft, daß sich die CDU-Matadoren Kohl und Stoltenberg vor der Entscheidung über eine mögliche Kanzlerkandidatur der Meßlatte des CSU-Ergebnisses bei den Landtagswahlen in Bayern stellen müssen. Er hat zur Disziplinierung der CDU und ihrer Spitze den Dressurakt mit der "Vierten Partei" je nach Bedarf öffentlich oder aus dem Hinterhalt inszeniert oder inszenieren lassen.

Man muß in dieser Situation an einen Kommentar erinnern, den ein Strauß-Intimus am 13. Juli 1974 nach dem CSU-Parteitag im "Münchner Merkur" geschrieben hat. Darin hieß es ua.: "Der Mann, der die Unions-Parteien in beschwörender und fast ultimativer Form aufgerufen hat, sich der politischen Herausforderung zu stellen und die eigenen Überzeugungen hochzuhalten, wird die vierte Partei gründen, falls die Union nicht auf ihn hört."

Strauß verwirklicht diese Voraussage auf Raten. Er zwingt mit seiner Strategie die CDU langsam, aber sicher in den Kotau vor der CSU und der "großen Persönlichkeit der Zeitgeschichte" an ihrer Spitze.

(-/14.11.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller